

«Den Betroffenen die Schmach der Sozialhilfe ersparen»

NACHGEFRAGT Die Arbeitsmarktexpertin und Geschäftsleiterin des Verbandes Avenir50plus ist heute in vielen Medien präsent. Heidi Joos berät und coacht kostenlos ältere Erwerbslose. Sie kämpft zudem mit Erfolg dafür, dass das Thema 50plus auf die politische Traktandenliste kommt.

ZESO: Frau Joos, Sie haben vor fünf Jahren das Netzwerk Avenir50plus gegründet. Seither hat sich einiges bewegt. Arbeitgeber beschäftigen sich mit dem Thema, der Bundesrat führte im April die dritte Konferenz Alter und Arbeitsmarkt durch. Auch die Medien schreiben viel über die Lage Älterer auf dem Arbeitsmarkt. Sind Sie zufrieden?

Heidi Joos: Als wir damals als Betroffene den Verein gründeten, bestritten alle – mit Ausnahme der älteren Jobsuchenden – die Notwendigkeit einer solchen Fachstelle. Mittlerweile ist es allen Akteuren zumindest klar, dass mehr getan werden muss um ältere Jobsuchende nachhaltig zu integrieren. Das Abstimmungsresultat der Masseneinwanderungsinitiative hat auch dazu beigetragen, dass erstmals laut über die Diskriminierung der Älteren auf dem Arbeitsmarkt nachgedacht wurde.

Der Arbeitgeberverband hat diesen Frühling in einer Stellungnahme geschrieben, ältere Arbeitnehmende seien gut in den Arbeitsmarkt integriert.

Es kommt immer darauf an, wie genau man die Statistiken anschaut. Auch Pensionierte, die ihr Sackgeld aufbessern, zählen zu den Beschäftigten. Die Schweiz weist im Vergleich zu den andern OECD-Ländern die grösste Rate an Teilzeitarbeitenden im Alter aus. Das vor allem bei den Frauen. Viele von ihnen möchten oder müssten mehr arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu decken. Der Arbeitsmarkt gewährt ihnen aber vielfach nur Arbeit auf Abruf oder kleine Arbeitspensen. Trotz Arbeit sind darum viele Frauen zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen. Im Alter wartet dann die Altersarmut auf sie, weil sie über keine oder wenig Pensionskassengeld verfügen. Zudem muss, wer im Alter in der Schweiz auf Jobsuche ist, vergleichsweise länger suchen als Erwerbslose in den andern OECD-Staaten.

Viele ältere Sozialhilfeempfänger haben keine richtige Berufsausbildung. Da ist Arbeitslosigkeit nicht erstaunlich.

Betroffen sind aber auch hervorragend qualifizierte Stellensuchende. Sie stammen aus Branchen, in denen angeblich ein Fachkräftemangel herrscht, so zum Beispiel Ingenieure oder IT-Fachleute mit Erfahrungen im internationalen Markt und mit den erwünschten Weiterbildungen. Ein wesentlicher Grund für die Nichtberücksichtigung bei der Rekrutierung liegt bei den Pensionskassenbeiträgen, die für Ältere um einiges höher ausfallen als für Jüngere. Die Differenz kann über zwölf Prozent der Lohnsumme ausmachen. Das schenkt ein.

HEIDI JOOS

Heidi Joos, gelernte Sozialpädagogin, Verlagsmanagerin, Coach BSO, Trainerin, Yoga-Lehrerin und in ihrer Jugend Mitglied von zwei Parlamenten, leitet den Verband Avenir50plus ehrenamtlich. Die heute 62-Jährige war in einer Führungsfunktion bei der Luzerner Arbeitsmarktbehörde, als sie nach einem Chefwechsel im Alter von 50 Jahren auf die Strasse gestellt wurde. Trotz zahlloser Bemühungen auf dem Arbeitsmarkt, Weiterbildungen und schliesslich einem Versuch in Selbständigkeit, musste sie vor ihrer Frühpensionierung Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

Dann ist die Altersstaffelung bei der Pensionskasse das Hauptproblem für ältere Stellensuchende?

Ohne Änderung der altersdiskriminierenden Staffelung bei der Pensionskasse, bzw. der Umwandlung in eine altersneutrale Lösung, wird sich die Lage für Ältere auf dem Arbeitsmarkt kaum verbessern. Zu einfach ist es für Arbeitgeber, aufgrund der Personenfreizügigkeit jüngere und billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland hereinzuholen. Nichtsdestotrotz hat das Parlament im Rahmen der Altersreform 2020 auf eine Beibehaltung der altersdiskriminierenden Beitragsgestaltung gepocht. Der beschlossene Inländervorrang bei der Stellenbesetzung wird ausser einer gewaltigen Bürokratie mit hoher Kostenfolge für die Arbeitslosenversicherung nicht viel für die Betroffenen bringen.

Ihr Verband hat anlässlich der SKOS-Mitgliederversammlung ein Grundeinkommen für Ältere in der Sozialhilfe gefordert. Warum?

Immer mehr Ältere landen in der Sozialhilfe und immer mehr Gemeinden jammern über die hohen Kosten in der Sozialhilfe. Das System der Sozialhilfe stammt aus den Schönwetterjahren der Vollbeschäftigung. Heute erhalten aber immer mehr altgediente Mitarbeitende Jahre vor der Pensionierung die Kündigung. Manchmal ist ihnen der Wiedereinstieg in prekäre Arbeitsverhältnisse möglich, manchmal landen sie, nachdem sie das Ersparte aufgebraucht haben, bis zur Frühpensionie-



Bild: zvg

VERBAND AVENIR50PLUS

Der Verband Avenir50plus (vormals 50plus outIn work) ist eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in Luzern. Er unterhält Geschäftsstellen in Basel, Bern, Luzern, Olten, St. Gallen, Zürich, bald auch in der Romandie. Diese sind Träger der 50plus-Selbsthilfe-Talks.

Der Verband nimmt die Interessen von Erwerbslosen, Ausgesteuerten, Sozialhilfe-Empfängenden und der von Altersdiskriminierung Betroffenen gegenüber Politik, Sozial- und Arbeitsmarktbehörden, Arbeitgebern, Sozialpartnern, Medien und Wissenschaft wahr. Gleichzeitig befähigt er seine Mitglieder zur Wahrnehmung und Wahrung der eigenen Interessen gegenüber Dritten. Der Verband hat dem Bundesrat Lösungsvorschläge in einem 30-seitigen Dokument anlässlich der ersten Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmende übergeben. Betroffen ist er Anlaufstelle für Anliegen, die im Rahmen bereits etablierter Strukturen wie Regionale Arbeitsvermittlungen oder Sozialhilfe keine adäquate Unterstützung finden. Die Beratung von Betroffenen erfolgt kostenlos.

www.avenir50plus.ch

rung in der Sozialhilfe. Dieser Schritt ist für die meisten der schlimmste ihres Lebens. Und natürlich reicht das Sozialhilfegeld in keiner Weise, um das bisherige Leben auch nur annähernd aufrechtzuerhalten. Oft werden Betroffene auch zur Aufkündigung der Wohnung angewiesen, obwohl es kaum mehr günstige Wohnungen in den Städten gibt. Viele erleben die Sozialhilfe als das nackte Grauen, die leider in der Folge allzu oft zu gesellschaftlicher Ausgrenzung führt.

Was müsste aus Ihrer Sicht dringend geschehen?

Die Hauptkritik, die wir hören, ist, dass die RAV kontrollieren und bestrafen statt vermitteln und fördern. Immer noch werden ältere Versicherte ungefragt sinnlosen Beschäftigungsprogrammen zugewiesen. Es fehlt auch an geeigneten Weiterbildungen für Versicherte, die zuvor in krisengeschüttelten Branchen arbeiteten. Wäre ich Sozialvorsteherin, würde ich den vorgelagerten Institutionen wie RAV mehr Druck aufsetzen, dass sie ihre Verantwortung der Vermittlung auch einlösen und dass geeignete Weiterbildungen gesprochen werden anstelle von Beschäftigungsmassnahmen. Je länger jemand weg ist vom Arbeitsmarkt, je schwieriger wird die Integration. Aber auch bei den Sozialämtern ist Handlungsbedarf in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik gegenüber Älteren gegeben. Ältere erhalten oft weder geeignete Weiterbildungen noch Integrationszulagen, obwohl sie keine Schuld

daran haben, dass der Arbeitsmarkt sie nicht mehr will. Im Endeffekt erhalten sie so weniger Geld als Jüngere in der Sozialhilfe, obwohl die Lebenshaltungskosten von Älteren höher sind. Mit einem Grundeinkommen könnte man den Betroffenen die Schmach der Sozialhilfe ersparen und ihnen ein Altern in Würde garantieren. Zu überlegen wäre auch die Schaffung einer zweiten Arbeitslosenversicherung, die sich über Beiträge derjenigen Arbeitgeber finanziert, deren Anteil an Älteren an der Belegschaft unterdurchschnittlich ist.

Wird der Fachkräftemangel das Problem der Älteren nicht automatisch lösen?

Wohl kaum, zumindest vorübergehend wird es ein Matching-Problem geben. Diejenigen, die ihre Arbeit verlieren, lassen sich nicht in Jobs des quartären Sektors verpflanzen. Man hat es ja bedauerlicherweise verpasst, die Arbeitgeber im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes zur Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden zu verpflichten. Die Versuchung, Mitarbeitende einfach durch billige ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Ausland zu ersetzen, wird also gross bleiben. Doch wir bleiben dran nach dem Motto: Wir bewegen uns – und andere. ■

Das Gespräch führte

Ingrid Hess